Sehr geehrte Angehörige der Hochschule,

Fälle von Machtmissbrauch in Räumen von Hochschulen und Universitäten sind bedauerlicherweise kein neues Thema und dennoch hat uns der Artikel "In den Fängen des InternetHaters" der Landshuter Zeitung vom 16. November 2024 zutiefst erschüttert.

Hier wird von einem Fall jahrelanger Belästigung durch einen Professor unserer Hochschule berichtet. Dabei soll laut Artikel der Professor mehrere Ämter innehaben und der Fall der Hochschulleitung mindestens seit März 2024 bekannt sein.

Für uns als Studierende ist es besonders wichtig, dass Opfer von Belästigung und Machtmissbrauch einen Schutzraum bekommen. Jede Person soll sich an unserem Campus und darüber hinaus sicher fühlen können.

Die beschriebenen Ereignisse im Artikel zeigen uns jedoch, dass sowohl die Sicherheit als auch Unterstützung durch die Hochschule nicht gegeben ist.

## Wir fordern daher folgende Konsequenzen.

Eine Person, der diese Taten vorgeworfen werden, darf keine Ämter in der Selbstverwaltung der Hochschule innehaben und muss diese abgeben. Dies ist besonders hinsichtlich von Machtverhältnissen ein unumgänglicher Schritt. Nur so kann ein Gefühl von Vertrauen und Sicherheit in die verschiedenen Gremien der Hochschule gewahrt werden.

Alle Mitglieder der Hochschule müssen für die Thematik Machtmissbrauch und Belästigung dringend sensibilisiert und aufgeklärt werden.

Die Hochschulleitung und andere Gremien müssen hierzu öffentlich Stellung beziehen und sich für die Rechte und den Schutz von Betroffenen einsetzen.

Es muss ein hochschulweites Schutzkonzept geben. Dieses muss auch dahingehend so ausgearbeitet werden, dass Machtasymmetrien zwischen verschiedenen Hochschulangehörigen beachtet sind.

Täter:innen dürfen sich bei uns an der Hochschule nicht willkommen fühlen und keinen Raum bekommen.

Georg Awanesow Awanessw

2. Vorsitz des Studentischen Parlaments

Tjorven Franziska Bub

Studentische Vertretung im Senat

Mascha Buchwald

1. Vorsitz des Studentischen Parlaments

Julius Larasser

Studentische Vertretung im Senat

Die Mehrheit der Studierendenvertretung unterstützt diesen Brief